

Verabschiedet am 22. Juni 2020 durch den Parteivorstand der FDP.Die Liberalen

COVID-19: Eine starke Gesellschaft

Gemeinsam weiterkommen

Die Corona Krise hat die Schweizer Gesellschaft vor unterschiedliche Herausforderungen gestellt. In gewissen Bereichen wurde dabei grosses Potential für die Digitalisierung aufgezeigt; in anderen dagegen Schwachpunkte aufgedeckt. Innert weniger Tage wurde beispielsweise ohne grössere Probleme auf Homeoffice umgestellt. Der Übergang in das Homeschooling verlief hingegen weniger reibungslos. Verschiedenste Mängel bei der digitalen Ausstattung und Kompetenz der Schulen sowie die Fragilität der Chancengleichheit in der Bildung wurden offenbart. Der zeitgleiche Ausfall von externen Kinderbetreuungen wiederum liess die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Eltern zu einer kaum bewältigbaren Herausforderung werden. Die FDP will aus den Erfahrungen der Krise lernen, die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Widerstandskraft der Gesellschaft stärken.

1. Herausforderungen

- › Das volle Potential der Digitalisierung wird nicht umgesetzt. Bei der Verwaltung insbesondere im Kontakt mit Bürgern und Unternehmen ist noch grosses Entwicklungspotential vorhanden. Zudem fehlen die gesetzlichen Grundlagen, um auch das Geschäftsleben vollständig zu digitalisieren. Es fehlt schlicht ein staatlich anerkannter digitaler Identitätsnachweis.
- › Die digitale Infrastruktur stiess in der Krise an ihre Grenzen.
- › Die Einstellung des Präsenzunterrichts an den Schulen und die damit einhergehende Umstellung auf Homeschooling offenbarten eine sehr heterogene Ausstattung der Schulen und teilweise grössere Defizite bei dem Einsatz digitaler Technologien. Grundbedingungen wie die Ausstattung aller Schüler mit digitalen Endgeräten sind nicht erfüllt und wirken sich negativ auf die Chancengleichheit in der Bildung aus.
- › Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Krisen nicht gewährleistet.
- › Freiwilligenarbeit war in der Corona-Krise eine unabdingbare Ressource. Es fehlt jedoch im Alltag an der notwendigen gesellschaftlichen Anerkennung der Freiwilligenarbeit, um die Kultur der Freiwilligenarbeit zu pflegen und zu fördern.

2. Bisherige Vorstösse und Erfolge der FDP

- › Die FDP hat die Gesetzgebungsarbeiten initiiert ([17.3083](#)) und sich erfolgreich im Parlament für die Annahme des E-ID-Gesetzes eingesetzt. Sie hat sich mit zahlreichen Vorstössen für die Anerkennung digitaler Formen analoger Rechtsvorgänge eingesetzt (elektronische Signatur, elektronische Aufbewahrung von Verlustscheinen, die erleichterte Unternehmensgründung). Weiter setzt sie sich stets für Effizienzsteigerungen in der Verwaltung durch Digitalisierung ein; zuletzt mittels eines Vorstosses zur Einführung eines Public Innovation Hubs ([20.3240](#)).
- › Die FDP setzte sich dafür ein, dass Informatik zu einem Pflichtfach am Gymnasium wurde. Die Motion der WBK-N zur Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für eidgenössische und kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung ([19.3010](#)) ging weiter auf einen

Antrag der FDP zurück; ebenso wie das aktuelle Postulat der WBK-S, welches den Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt einen Plan zur Entwicklung der digitalen Berufsbildung zu erarbeiten und in einem Bericht eine Strategie mitsamt den Zielen, den Etappen, den Massnahmen sowie deren Finanzierung zu präsentieren.

- › Im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat sich die FDP im Parlament erfolgreich für die Erhöhung der Steuerabzüge für die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung eingesetzt und eine Motion zur Einführung eines 16-wöchigen Elternurlaubs eingereicht ([19.3738](#)). Sie hat sich für flexiblere Arbeitsmodelle engagiert ([16.484](#)) und kämpft für die überfällige Einführung der Individualbesteuerung ([19.3630](#)).

3. Unsere mittel- & langfristigen Forderungen

Chancen der Digitalisierung nutzen

- › **Rasche Einführung der E-ID:** Mit dem E-ID-Gesetz wurde die Rechtsgrundlage für die Einführung einer staatlich anerkannten elektronischen Identität vom Parlament verabschiedet. Nun liegt es am Volk in der Referendumsabstimmung dieser dringend notwendigen Vorlage ihre Unterstützung zu bieten. Die E-ID ist die Grundlage für das weitere Voranschreiten der Digitalisierung des Rechtsverkehrs.
- › **Bürokratieabbau durch Digitalisierung:** Mit Hilfe der Digitalisierung müssen die Verwaltungsprozesse optimiert und konsequent Bürokratie für die Bevölkerung und die Wirtschaft abgebaut werden. Die Anzahl der online verfügbaren Behördendienstleistungen soll erhöht und dafür die realen Schalterzeiten einheitlich verkürzt werden.
- › **Behördengänge vereinfachen:** Der Alltag der Bevölkerung muss mittels Digitalisierung der Behörden vereinfacht werden. Der Kontakt zwischen Bevölkerung und Behörden soll «bürgerfreundlicher» werden. Die Digitalisierung wird vieles vereinfachen (bspw. Wohnortswechsel).
- › **Automatisierungsmöglichkeiten nutzen:** Dokumente, wie etwa Lohnausweise, müssen standardisiert werden, damit Verwaltung und Bürger durch automatisiertes Einlesen entlastet werden.
- › **Elektronische öffentliche Urkunden:** Öffentliche Urkunden sollen auch in elektronischer Form Geltung beanspruchen können. Eine zügige Revision des Bundesgesetzes über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBG) ist notwendig.
- › **Erleichterung der digitalen Signatur gemäss internationalen Standards:** Anstelle der oder zumindest gleichberechtigt zu einer qualifizierten, digitalen Signatur («Swiss finish») sollten zur Rechtsgültigkeit schriftlicher Verträge auch digitale Signaturen gemäss internationalem Gebrauch und Standards zugelassen werden.
- › **Aufklärung und Schulung der Bevölkerung zum Umgang mit Cyberrisiken:** Vermehrte Digitalisierung vergrössert die Angriffsfläche für Cyberkriminalität. Die Bevölkerung muss daher entsprechend aufgeklärt und informiert werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- › **Bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen schaffen:** Die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsstrukturen ist oft Voraussetzung, damit beide Elternteile arbeiten können. Die Kantone und Gemeinden sind in der Pflicht, für ein regional und lokal bedarfsgerechtes Angebot zu sorgen. Gerade für die Schule gilt: Blockzeiten, Mittagstisch und Randstundenbetreuung sind durch die Kantone und Gemeinden zu fördern, welche das Schulwesen unter sich haben.
- › **Neue Ansätze bei der familienexternen Kinderbetreuung** Es müssen aber auch neue, liberale Ansätze gefunden werden, um die Resilienz des Kinderbetreuungssystems zu stärken. Grundsätzlich sind private Initiativen zu fördern, indem sie von administrativen Belastungen und bürokratischen Auflagen befreit werden. Weiter ist aber auch an Modelle zu denken wie bspw. die Förderung von unternehmens-eigenen Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung mittels steuerlicher Abzugsfähigkeit der damit verbundenen Kosten.

- › **Mit Individualbesteuerung hohe Progression bei Doppelverdiener-Ehepaaren beseitigen:** Um zu verhindern, dass gut ausgebildete Frauen zuhause bleiben, weil sich arbeiten für sie finanziell nicht lohnt, muss auch bei den Einkommenssteuern angesetzt werden. Es muss endlich die Individualbesteuerung eingeführt werden. Damit werden alle Menschen – unabhängig von ihrem Zivilstand – separat besteuert und Leistung belohnt statt verhindert.
- › **Flexiblere Arbeitsmodelle anbieten:** Um Beruf und Familie vereinbaren zu können, braucht es viel Flexibilität am Arbeitsplatz. Einerseits stehen die Arbeitgeber in der Pflicht, flexible Arbeitsmodelle (Teilzeit, Jahresarbeitszeit, gleitende Arbeitszeiten, Job-Sharing etc.) zu ermöglichen. Andererseits müssen seitens der Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Bildung / Chancengleichheit

- › **Digitale Kompetenzen:** Das Bildungssystem muss es den Kindern und Jugendlichen von der obligatorischen Schule bis zur Sekundarstufe II ermöglichen, sich die erforderlichen digitalen Kompetenzen anzueignen, um sich in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und Arbeitswelt behaupten zu können. Dabei dürfen die analogen Grundkompetenzen nicht vernachlässigt werden. Auf den weiteren Bildungsstufen sind die digitalen Kompetenzen ausbildungsentsprechend weiterzuentwickeln.
- › **Digitale Infrastruktur:** Grundvoraussetzung ist, dass die Lehrpersonen aller Stufen das nötige digitale und digital-pädagogische Fachwissen aufweisen, sowie die nötige Infrastruktur vorhanden ist. Entsprechende Fort- und Weiterbildungen der Lehrpersonen sowie die Entwicklung und wissenschaftliche Evaluierung pädagogischer Konzepte sind sicherzustellen. Die obligatorischen Schulstufen, die allgemeinbildenden weiterführenden Schulstufen sowie auch die Berufsschulen sind mit der notwendigen digitalen Infrastruktur und angepassten Lehr- und Lernmaterialien auszustatten. Es sind in Zusammenarbeit mit den Kantonen und im Falle der Berufsbildung auch mit den Organisationen der Arbeitswelt entsprechende Konzepte zu erarbeiten.
- › **Chancengleichheit:** Die Chancengleichheit in der Bildung muss auch in einem zunehmend digitalisierten Klassenzimmer gewahrt bleiben. Dies bedingt den Zugang jedes Schülers und jeder Schülerin zu einem digitalen Endgerät. Entsprechende Konzepte z.B. auch Leihmodelle sind zu erarbeiten und prüfen.

Freiwilligenarbeit stärken

- › **Nationale Zertifizierung der Freiwilligenarbeit:** Das Engagement für die Gesellschaft (z.B. öffentliches Amt, bei karitativen Hilfswerken, Freiwilligenarbeit) soll in Gesellschaft und Berufswelt hohe Reputation erlangen und in einer modernen Schweiz zu einer Selbstverständlichkeit werden. Unternehmen, die dieses Engagement ermöglichen und befördern, sollen dazu ermutigt und dabei unterstützt werden. Personen, die sich freiwillig engagieren, sollen für ihr Engagement ein national anerkanntes Zertifikat erhalten.